

Dr. Doebelin
Gesellschaft für
Wirtschaftsforschung mbH

29. Dezember 2017

Snippet 17/10

Bürger wünschen Regierungshandeln bei Alterssicherung und Pflege

Kaum Interesse an Digitalisierung und europäischer Integration / Wirtschaftsjournalisten setzen andere Prioritäten

Die Teilnehmer der Berliner Regierungs-Sondierungsgespräche zerbrechen sich möglicherweise den Kopf über die falschen Themen. Dies legt jedenfalls eine repräsentative Bevölkerungsumfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts Dr. Doebelin im Dezember 2017 nahe. Das Institut fragte rund 1000 Personen, welche Probleme aus einer Liste von elf Politikfeldern „von einer neuen Bundesregierung am dringendsten angepackt werden“ sollten.

Für fast zwei Drittel der Befragten ist die „Soziale Sicherung im Alter“ das Top-Thema für die neue Bundesregierung. Es sind naturgemäß vor allem ältere Bürger, die an diesem Thema besonderes Interesse zeigen – aber auch die unter 35-jährigen halten noch zu 50% die „Soziale Sicherung im Alter“ für ein dringendes Thema. Auch zwischen Besserverdienenden und Durchschnitts- oder Geringverdienern gibt es kaum Unterschiede in der Bewertung.

Auf dem zweiten Rang der dringendsten Probleme, die eine neue Bundesregierung anpacken sollte, platzieren die Bürger ein weiteres soziales Thema: „Investitionen in die Pflege“. Praktisch jeder Zweite verlangt hier von der nächsten Bundesregierung klaren Handlungswillen. Immerhin wünschen sich noch 43%, die nächste Bundesregierung solle sich um „Investitionen in die Bildung“ vordringlich kümmern.

Beim Thema „Ausbau der digitalen Infrastruktur“, das im Wahlkampf fast aller Parteien im Vordergrund stand, verlangt nur eine Minderheit der Bürger (25%) engagierten Einsatz der nächsten Bundesregierung. Und fast ohne Unterstützung der Bürger agieren die europapolitisch orientierten Politiker: nur 8% der Bürger verlangen von der nächsten Bundesregierung, sich einer „Stärkeren europäischen Integration“ anzunehmen.

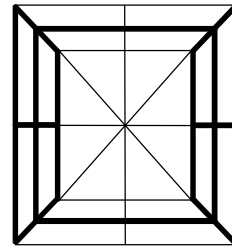
Wirtschaftsjournalisten: Digitalisierung wichtigstes Politikfeld

Das Institut hatte im November Wirtschaftsjournalisten aller Mediengattungen die identische Frage gestellt, welche Probleme die nächste Bundesregierung am dringendsten anpacken sollte.

Anders als die Bevölkerung setzen die Wirtschaftsjournalisten mit überwältigender Mehrheit (85%) den „Ausbau der digitalen Infrastruktur“ auf den ersten Rang ihrer Dringlichkeitsliste. Unterstützung von jeweils rund zwei Drittel der Journalisten finden auch die Politikfelder „Ausbau des Klimaschutzes“ und „Investitionen in die Bildung“. Sieht man von der Bildungspolitik ab,

Geschäftsführer: Prof. Dr. Jürgen Doebelin
Amtsgericht Charlottenburg (Berlin) HRB 156417 B
St.-Nr. 29/535/01944
Bankverbindung:
Vereinigte Raiffeisenbanken
IBAN: DE82770694610006448046
BIC: GENODEF1GBF

10557 Berlin, Helgoländer Ufer 7 b
Tel. 030-58 856 710
doebelin@wp-online.de
<http://www.wp-online.de>



formulieren damit Bevölkerung und Medien unterschiedliche Ansprüche an die Politik der nächsten Bundesregierung.

Immerhin – Bevölkerung und Journalisten teilen sich das Desinteresse an weiterem europapolitischem Zusammenwachsen: nur etwa jeder siebte Wirtschaftsjournalist befürwortet eine Top-Platzierung der „Stärkeren europäischen Integration“ auf der Prioritätenliste der nächsten Bundesregierung. Studienleiter Prof. Dr. Jürgen Doeblin: „Die Parteien sollten vor diesem gemeinsamen Votum von Bürgern und Medien nicht die Augen verschließen. ‚Mehr Europa‘ findet außerhalb von Politikerzirkeln nur wenig Resonanz.“

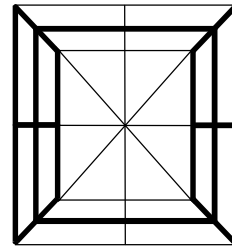
(Ergebnisse in Tabellenform sowie Technische Erläuterungen siehe unten)

Fragentext:

Welche Probleme sollten nach Ihrer Ansicht von einer neuen Bundesregierung am dringendsten angepackt werden?

Bitte entscheiden Sie sich für die fünf aus Ihrer Sicht dringendsten Probleme.

	Dez. 2017 Bevölkerung	Nov. 2017 Wirtschafts- journalisten
<i>Total</i>	1003	90
Soziale Sicherung im Alter	62%	46%
Investitionen in die Pflege	49%	47%
Investitionen in die Bildung	43%	62%
Bessere finanzielle Rahmenbedingungen für Familien	36%	34%
Ausbau des Klimaschutzes	35%	66%
Förderung des Wohnungsbaus	33%	45%
Steuerung der Migration nach Deutschland	31%	43%
Steuerreform/-entlastung	26%	43%
Ausbau der digitalen Infrastruktur	25%	85%
Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	15%	40%
Stärkere europäische Integration	8%	17%



Technische Erläuterungen

Zielgruppen der Befragung

Die Bevölkerungsumfrage wurde bei den Mitgliedern des Bevölkerungspanels von Research Now GmbH, Hamburg, realisiert. Um die soziodemografische Struktur der Stichprobe an die der Gesamtbevölkerung möglichst nahe anzupassen, wurden für die Merkmale Alter, Geschlecht, Region (Bundesland) und Bildungsstand entsprechende Quotenvorgaben bzw. Gewichtungen eingesetzt.

Wirtschaftsjournalisten bei Tages- und Wochenzeitungen, Wirtschaftsmagazinen, Fachzeitschriften, Illustrierten/Publikumszeitschriften, Presseagenturen, Funk- und Fernsehredaktionen, Online-Medien sowie freie Journalisten.

Stichprobengröße

Bevölkerung: 1003 Teilnehmer

Wirtschaftsjournalisten: 90 Teilnehmer

Methodik

Online-Umfragen

Zeitraum der Befragung

Bevölkerung: 24. November bis 5. Dezember 2017

Wirtschaftsjournalisten: 16. bis 23. November 2017

Copyright Dr. Doebelin Gesellschaft für Wirtschaftsforschung mbH 2017